

Grünes Licht für Fahrenden-Standplatz

Der Bund und der Kanton Freiburg haben den multifunktionalen Rastplatz bei **La Joux-des-Ponts** aufgelegt. Er soll ab 2016 bis zu 40 Wohnwagen von Fahrenden aufnehmen. Der Grosse Rat nahm gestern die Nachricht zur Kenntnis.

FAHRETTIN CALISLAR

Der Umbau des Rastplatzes La Joux-des-Ponts im Glanebezirk kommt voran. Der Kanton Freiburg hat das Projekt auf ein Gesuch des Bundes hin aufgelegt. Das federführende Bundesamt für Strassen (Astra) will den Rastplatz bis ins Jahr 2016 umsetzen. Zentraler Bestandteil des Projekts ist die Einrichtung eines Standplatzes für Fahrende. Baudirektor Maurice Ropraz (FDP) informierte den Grossen Rat über die Auflage. Dies im Rahmen der Behandlung eines Auftrages aus dem Parlament.

Ropraz rechnet mit einer Realisierung bis Ende 2016. Die Grossräte hatten gefordert, den Standplatz so rasch wie irgend möglich zu realisieren. Ropraz sieht keine Möglichkeit zur Beschleunigung, das Projekt sei auf dem Instanzenweg in Bundesbern. Deshalb lehnte er die Forderung ab. Der Grosse Rat beschloss gestern zwar deutlich mit 48 zu zwölf Stimmen, den Staatsrat zu mehr Engagement zu verpflichten, doch – wie schon bei der Debatte über das Islam-Zentrum – wurde die qualifizierte Mehrheit nicht erreicht.



Der heutige Rastplatz La Joux-des-Ponts soll für insgesamt eine Million Franken ausgebaut werden.

Bild Charles Ellena/a

Zweifel am Nutzen

Es sei wichtig, das Projekt der Bevölkerung erklären zu können, sagte Ropraz, denn es bestünden Ängste vor den Fahrenden. Dass die Bedenken des Baudirektors berechtigt sind, belegen kritische Bemerkungen aus dem Rat über die Notwendigkeit der Anlage. Nicolas Repond (SP, Bulle) warf dem Staatsrat Blauäugigkeit vor: «Wir wissen, dass diese Menschen frei sind, und das ist ihr Prinzip.» Die Fahrenden würden den Standplatz wohl als Gefängnis verstehen und als zu teuer meiden. In ungewöhnlicher Einigkeit mit sei-

nem SP-Ratskollegen bestätigte Ueli Johner (SVP, Kerzers): «Ich glaube nicht, dass der Platz den Fahrenden genehm sein wird. Die Fahrenden lassen sich nicht bevormunden und sich nicht vorschreiben, wo sie sich niederlassen.» Zudem bringe der Standplatz den Gemeinden im Norden des Kantons nichts. Ropraz entgegnete, dass es Sache der Polizei sei, die Fahrenden auf den Standplatz zu leiten.

Einsprachen vermeiden

Ropraz forderte die Autoren des parlamentarischen Vor-

stosses auf, sich dafür einzusetzen, dass möglichst keine Einsprachen eingereicht werden. Diese würden die Umsetzung des Projektes verzögern. «Wir müssen die Kritiker von seinem Nutzen und der Qualität überzeugen.»

Zu reden gab im Rat die Weigerung des Kantons, die Kosten für die Schäden, welche die Fahrenden verursachen, zu übernehmen. Dafür gebe es keine Rechtsgrundlage, und man könne bei solchen Schäden auch nicht anders vorgehen als beispielsweise bei Fällen von Vandalismus.

Fakten

Eine vielseitig benützbare Anlage

Der heute schon bestehende Rastplatz La Joux-des-Ponts wird neu gestaltet und erweitert. Der Sektor für die Fahrenden wird in der Verlängerung des Rastplatzes auf der Südseite, in Fahrtrichtung Freiburg gebaut. Abgetrennt von diesem Teil werden Lastwagen abgestellt werden können. Der Kanton leistet dem Bund eine pauschale Abgeltung von 700 000 Franken für die Benüt-

zung durch die Fahrenden. Von März bis Oktober können 40 Wohnwagen dort aufgestellt werden. Auf dem Platz Fahrtrichtung Lausanne entstehen weitere Standplätze für Lastwagen. Das Bundesamt für Strassen (Astra) hat laut dem Bericht des Staatsrates angekündigt, ab November 2014 das Detailprojekt aufzunehmen, die Arbeiten können aber erst Ende 2015 vergeben werden. fca

Express

Elf Millionen Franken für die DOSF

FREIBURG Der Grosse Rat hiess gestern einstimmig den kantonalen Beitrag an den Bau der Deutschsprachigen Orientierungsschule Freiburg (DOSF) gut. Der Anteil an den Kosten beträgt 10,8 Millionen Franken bei einer Gesamtinvestition von total 55 Millionen Franken. Am Standort neben dem Jura-Schulhaus entstehen 24 Klassenräume. Die Bauarbeiten haben bereits begonnen. Das Schulhaus soll im Sommer 2016 bezogen werden. fca

Warten auf Reformen in der Baudirektion

Der Grosse Rat hat den Bericht des Staatsrates zu den Verzögerungen bei der Bearbeitung von Baugesuchen und Ortsplanungsrevisionen zähneknirschend aufgenommen. Doch er will der Baudirektion eine Chance geben.

FAHRETTIN CALISLAR

FREIBURG Im Juni hat Baudirektor Maurice Ropraz (FDP) eine Reihe von Sofortmassnahmen vorgestellt, die der oft erhobenen Kritik wegen der Verzögerung von Baubewilligungen und Raumplanungsdossiers entgegengetreten sollen. Sie reichen von mehr Personal bis zu strikteren Fristen (FN vom 21. Juni). Der Grosse Rat nahm gestern den Bericht zur Kenntnis.

Im Rat herrschte Einigkeit, dass die Bilanz der Umsetzung der Massnahmen abgewartet werden muss, bevor weitere Schritte getan werden können. Dennoch äusserten sich mehrere Referenten unzufrieden. Pierre-André Page (SVP, Châtonnaye) hätte sich mehr Informationen gewünscht. Er erwartet, dass die Stellen unkompliziert und rascher auf Anfragen reagieren: «Wenn etwas fehlt, sollten sie dies doch einfach rasch zurückmelden.» So könnten Korrekturen angebracht werden. Laut Gemeindeverbandspräsidentin Nadine Savary (FDP, Vesin) sind viele Gemeinden mit Raumplanung überfordert, spätestens nach

dem Volksbeschluss für ein überarbeitetes Bundesgesetz. Die Folge: Viele Revisionen von Ortsplanungen scheiterten oder blieben in den Amtsstellen stecken. «Es ist unerlässlich, neue Mittel freizumachen, um die Projekte anzugehen.»

Markus Bapst (CVP, Dündingen) sprach von Mängeln bei der Dokumentenlenkung und stellte fest: «Vorgaben für Fristen müssen eingehalten werden. Die Wartezeit auf Bewilligungen ist der Hauptklagepunkt der betroffenen Berufskreise und der Bevölkerung.» Er stellt sich ein Modell vor, wonach ein Gutachten als positiv gilt, wenn es zu lange bei einer Amtsstelle hängen bleibt. «Das würde sie dazu bewegen, Prioritäten zu setzen.»

Laut Baumeisterdirektor Jean-Daniel Wicht (FDP, Givisiez) harzt es immer noch im Umgang mit Ämtern. Deren Mitarbeiter würden ausserdem oft durch Anfragen über den Status von behandelten Gesuchen unterbrochen.

«Alles Mögliche getan»

Ropraz begründete sein Durchgreifen mit der scharfen

Kritik aus der Bevölkerung. «Ich kann Ihnen bestätigen, dass es bei uns auch viel Druck gab. Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan.» Bis zum Erlass des Moratoriums sei eine Rekordzahl von Revisionen behandelt worden. Er versprach, dass er sich persönlich für eine fristgerechte Behandlung einsetzen und notfalls bei den betreffenden Dienststellen vorstellig werde. Im Schnitt hielten acht der 16 angehörten kantonalen Ämter Fristen nicht ein. Ämter müssten eine Verspätung begründen. Und ein Fachmann kontrolliert die Wirksamkeit der ergriffenen Massnahmen.

Ropraz bestätigte, dass vier zusätzliche Stellen aus anderen Bereichen der Direktion zusammengezogen werden, um den Pendenzenberg abzubauen. Ausserdem müsse der Kanton in den nächsten fünf Jahren einen Richtplan ausarbeiten. Um dessen Realisierung nicht zu verschleppen, brauche es diese zusätzlichen Ressourcen. Er wies die Gemeindevertreter darauf hin, dass den kommunalen Behörden die Hände keineswegs ge-

bunden seien. «Verdichtungen und Verhandlungen mit Eigentümern bleiben weiterhin möglich.» Es sei nicht anzunehmen, dass der Richtplan gleich alles über den Haufen werfe werde.

Zu viel Kritik von Partnern

Im Rahmen der Debatte äusserte sich Staatsrat Ropraz auch kurz zur Affäre um den überraschenden Weggang des Leiters des Mobilitätsamtes, Martin Tinguely (FN vom 11. September). Dieser war vorzeitig entlassen worden, wie Ropraz gestern den Grossräten erläuterte. Man sei sich uneins gewesen über die Strategie des Amtes. Zudem sei verschiedene Kritik von Partnern eingegangen, von Bürgern, Gemeinden und Oberamtsmännern. Dies belegt eine Anfrage aus dem Grossen Rat zu Gutachten des Mobilitätsamtes, das als «fortschrittsfeindlich» verstanden wurde. «Wir waren der Meinung, dass dies der bessere Weg ist. Wir müssen unsere Kontakte mit diesen Partnern verbessern. Ich bin überzeugt, dass es in Zukunft besser funktionieren wird.»

Neue Ansätze für Freiburger Betagtenpolitik

Der Grosse Rat überwies gestern drei Vorstösse zur Betagtenpflege. Sie sollen ins Konzept Senior plus einfließen.

FREIBURG Drei Vorstösse behandelten die Betreuung von Betagten. Der Grosse Rat unterstützte sie, und sie sollen in das übergreifende Konzept Senior plus einfließen, kündigte Sozialdirektorin Anne-Claude Demierre (SP) an. Die Betagtenbetreuung werde auf regionaler Ebene organisiert.

Der Staatsrat verwies oft auf Senior plus, was nicht nur gut ankam. Mehrere Grossräte hätten sich konkretere Informationen gewünscht. Ursula Krattinger (SP, Dündingen) und Marie-Christine Baechler (SP, Bulle) ging es um bessere Koordination im medizinischen und sozialen Bereich. Dabei legte Krattinger den Finger auf Fragen ausserhalb der Pflege: «Immer mehr ältere Menschen haben immer grössere soziale Probleme.» Gabrielle Bourguet (CVP, Granges) stellt sich den Aufbau eines Informations- und Koordinationsbüros für die Notfallunterbringung vor.

Schliesslich herrschte Einigkeit darüber, dass Angehörige, die Betagte und Kranke pflegen, die Arbeit vereinfacht werden soll. «Es gibt zu wenige Angebote für Angehörige, beispielsweise um ihre Isolation zu verhindern», sagte Benoît Piller (CSP, Freiburg), zusammen mit Andrea Burgener Woeffray (SP, Freiburg) Autor des Vorstosses.

Die Vernehmlassung zu Senior plus ist abgeschlossen, das Gesetz soll im ersten Halbjahr 2015 in den Grossen Rat kommen. Das Ziel ist, dass es 1. Januar 2016 in Kraft tritt. fca

Express

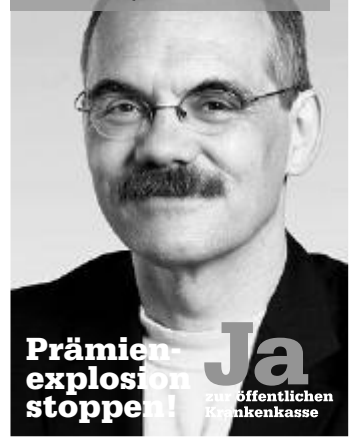
Fahrgemeinschaften sollen privat bleiben

FREIBURG Der Staatsrat zeigt sich in einem Bericht an den Grossen Rat zufrieden mit der Entwicklung von organisierten Fahrgemeinschaften im Kanton. Zwei Internetplattformen, darunter jene des Gemeindeverbandes, seien erfolgreich und der spezielle Parkplatz in Vaulruz sei gut ausgelastet. Der Staatsrat sieht es als zu teuer und als unnötig an, weitere Spezialparkplätze einzurichten, zumal es in den Dörfern ein grosses Angebot von Gratisparkplätzen gäbe. Allerdings bietet der Kanton weiterhin Hand für die Vermittlung informeller Fahrgemeinschaften. fca

Reklame

«Für eine Krankenkasse, die sich für ihre Versicherten einsetzt.»

Jean-François Steiert, Nationalrat



Prämienexplosion stoppen! Ja zu öffentlichen Krankenkassen

Reklame



GRATIS

KURSE ZUR PERSÖNLICHEN ENTFALTUNG

Freiwillig engagiert beim Roten Kreuz

Auskünfte:
026 347 39 52
www.croix-rouge-fr.ch